

25. März 2020



BILD
INITIATIVE IM BVDW

Stellungnahme zu den Sofortmaßnahmen der Bundesregierung und der Länder angesichts der Corona-Krise

Das Coronavirus stellt unsere gesamte Gesellschaft vor nie dagewesene Herausforderungen. Hierbei sind die Lasten der Shutdown-Phase zur Sicherung der Gesundheit der Bevölkerung im Hinblick auf berufliches Risiko jedoch sehr ungleich verteilt.

Festangestellte erhalten weiter einen großen Teil ihres Lohns und können in weiten Teilen zu Hause weiterarbeiten. Es gibt jedoch Berufe, für die die von der Regierung getroffenen wichtigen Vorkehrungen unmittelbare existenzielle Folgen haben.

Die Initiative Bild im Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. vertritt die Kreativwirtschaft. Und am Beispiel von freiberuflichen Fotografen, Filmgestaltern, Stylisten, Hair/Make-up Artists, Produzenten etc. wird die Situation besonders deutlich.

In diesen Berufen - fast immer von Freiberuflern oder Einzelselbstständigen ausgeübt - ist über die Arbeit im Home-Office kein Umsatz zu erwirtschaften. Umsätze werden zu fast 100% außer Haus „on Location“ generiert, was derzeit nur in Ausnahmefällen möglich ist. Stand heute sind alle Foto- und Filmproduktionen abgesagt, laufende Produktionen abgebrochen. Journalisten, Produkt- und Architekturfotografen haben aktuell teilweise nur noch wenige Kleinaufträge.

Die auferlegte Isolation ist gesundheitlich so wichtig wie verheerend für diejenigen von uns, die ihr Geld „draußen“ verdienen. So haben die aktuellen Limitierungen der Bundesregierung bzw. der Landesregierungen bei uns dazu geführt, dass ein Auftragsrückgang um 80% bis 100% zu verbuchen ist. Die aktuelle Situation kommt faktisch einem Berufsverbot gleich.

Zurzeit werden seitens der Politik finanzielle Hilfen in „unbegrenzter Höhe“ in Aussicht gestellt. Bei den meisten Freiberuflern stehen aber an erster Stelle die weiterlaufenden Betriebskosten für Studio- und Büromieten, Versicherungen, KFZ, Telefon/Internet und zusätzlich unter Umständen laufende Kredite für Betriebsmittel und Betriebsstätten.

Diese Kosten sind kurzfristig nicht oder kaum zu reduzieren. Die Mehrheit der Freiberufler hat Fixkosten von ca. 4.000 - 10.000 Euro pro Monat. Zudem noch fällige Steuernach- und Vorauszahlungen für Aufträge, die bereits in den letzten Tagen abgesagt wurden. Hinzu kommen die Grundversorgung und Lebenshaltungskosten für das private Leben von ihnen selbst und ihren Familien.

Die meisten Freiberufler haben eine funktionierende Nische gefunden und seit Jahren seriös und ohne dem Staat etwas abzuverlangen ihre Unternehmung wirtschaftlich betrieben. Auch hat die Mehrheit für Krisenzeiten vorgesorgt und kann einige Wochen Verdienstaufschlag durch Krankheit etc. überstehen. Leider gilt dies nur für im weitesten Sinne voraussehbare Situationen wie eine eigene Krankheit und daraus resultierende Berufsunfähigkeit. Hier greifen Versicherungen.

Aktuell hat jedoch kein Unternehmer einen Fehler gemacht, niemand wurde auf diesen kompletten Shutdown vorbereitet. Bis vor wenigen Tagen/Wochen war es undenkbar, dass für uns das Wirtschaftsleben in weiten Teilen zum Stillstand kommt. Auf diese Situation konnte sich niemand vorbereiten. Wenn der Staat vielen Unternehmern innerhalb weniger Tage die Geschäftsgrundlage entzieht, sollte er auch in derselben Geschwindigkeit tragfähige Lösungen für diese Unternehmer zur Verfügung stellen.

Die bisher kommunizierten Hilfspakete bestehen aus Zuschüssen und Krediten. Die Höhe der aktuell diskutierten Zuschüsse wird nicht ausreichen, um die betroffenen Unternehmen zu retten. Die in Aussicht gestellten Kredite werden eine unmittelbar drohende Zahlungsunfähigkeit auch nicht abwenden, sondern im besten Fall um einige Monate verschieben. Die Kriterien der Kreditbewilligung z.B. bei der IBB oder der KfW sind mit aufwändigen Nachweispflichten verbunden, welche teilweise für Freiberufler nicht greifen. Auch ist es falsch zu glauben, dass nach Ende der Krise alle Aufträge nachgeholt werden. Es werden nach Beendigung der Krise nur langsam neue Aufträge kommen, die nicht gebuchten Umsätze sind aber unwiederbringlich verloren, der finanzielle Schaden ist nicht wieder aufzuholen. In dieser Situation ist es unternehmerisch nicht zu verantworten, Kredite aufzunehmen. Auch sind die Banken (im Falle von KfW-Krediten) nicht willens, ohne Sicherheiten Kredite zu gewähren, da sie einen Teil des Risikos weiterhin selbst tragen müssen. Erste Anfragen bei Hausbanken bestätigen diese Situation.

Da in vielen Fällen auch die Geldflüsse durch bisherige Auftraggeber an Freiberufler für bereits geleistete Arbeit zum Erliegen gekommen sind, drohen bereits zum Monatswechsel März/April die ersten Insolvenzen. Zumal im Augenblick ein Ende der Krise nicht abzusehen ist, benötigen die Vertreter der Kreativwirtschaft zum einen eine relevante noch vor Monatswechsel eingehende, unbürokratische und nicht zu erstattende finanzielle Hilfe in angemessener Höhe.

Wir unterbreiten deshalb folgende praxisnahe Lösungsvorschläge zur Rettung der Freiberufler, Einzelunternehmern und kleinen Unternehmen:

- ▶ Als Gegenentwurf zu den dargestellten Modellen ist die einzig sinnvolle Lösung: Der Staat erstattet den Unternehmern die monatlichen betrieblichen Fixkosten, Sozialversicherungs- und Krankenversicherungsbeiträge in den Monaten der staatlich verordneten, massiven Einschränkungen des Alltagslebens und damit auch Geschäftslebens wegen der Corona-Krise. Die Höhe der Zahlungen bemisst sich an den in den Jahresabschlüssen 2018 oder der in der BWA 2019 ermittelten betrieblichen wie privaten Kosten. Diese Summen sind einfach darzulegen, transparent und belastbar. Gleichzeitig bietet diese Lösung Individualität, Fairness und Schnelligkeit sowie niedrige bürokratische Hürden. Alle Unterstützungen sollen vor dem jeweiligen Monatswechsel ausbezahlt werden.

Im Hinblick auf das föderale System unseres Landes müssen nun auch Maßnahmen ergriffen werden, die sich klar gegen Standortnachteile richten. Es ist ein wirtschaftlich schwieriges Signal, wenn es immense lokale Unterschiede in den Sofortmaßnahmen und Förderungen gibt. Dieser Umstand zeichnet sich jedoch gerade ab.

Unabhängig davon bitten wir darum, dass umgehend Steuer(voraus)zahlungen automatisch ausgesetzt werden sowie eine Reduzierung der 2019 und 2020 anfallenden Steuerlast um ein der Situation angemessenes Maß erfolgt.

Die „Initiative Bild“ im BVDW mit den Mitgliedsverbänden



Bundesverband
professioneller
Bildanbieter



Unterstützt von: Bundesverband der Agenturen für Visagisten und Stylisten (bavus) e. V. • Deutsche Gesellschaft für Photographie (DGPh) e.V. • Interessensverband der Castingagenturen und Darstellervermittler (INCA-DV) • Freelens e.V.



BILD
INITIATIVE IM BVDW

Die Initiative Bild im Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. ist der Zusammenschluss aller relevanten Berufsverbände der Kreativwirtschaft, deren Mitglieder sich mit dem Thema „Bild“ und den angrenzenden Branchen beschäftigen. Dazu gehören Fotografen, Filmgestalter, Stylisten, Hair/Make-up Artists, Repräsentanten, Produzenten, etc. Das „Bild“ ist heute der relevanteste Teil von Presse, Werbung und Marketing. Als tragender Teil der Wertschöpfungskette der Industrie und des Dienstleistungsgewebes tragen die Mitglieder der „Initiative Bild“ maßgeblich zum Kommunikationserfolg ganzer Branchen bei.